

Mittelschichtsangehörigen einerseits, staatlichen Behörden und wirtschaftlichen Kräften andererseits entwickelt hat. Er legt die internen Widersprüche der „neuen sozialen Bewegung“ der Wohnungseigentümer dar, denen es vor allem um Schutz ihrer materiellen Rechte, nicht aber um Demokratisierung geht. Unterhalb dieser Schwelle jedoch tragen ihre Auseinandersetzungen mit Staatsakteuren nach Rocca zu einem schleichenden politischen Wandel bei.

Die abschließenden beiden Aufsätze befassen sich mit einer weiteren Untergruppe der heterogenen Mittelschicht in China, den Privatunternehmern. Hans Hendrichkes Anliegen ist es, basierend auf institutionenökonomischen Ansätzen und Studien auf der Lokalebene den in der Politikwissenschaft üblichen Blick auf das Verhältnis zwischen Unternehmern und Parteistaat zu problematisieren. Er kritisiert diese Perspektive als staatszentriert, d.h. der Unternehmerschaft wird eigene Handlungsmacht abgesprochen. Dagegen argumentiert Hendrichske, dass private Geschäftsleute in China in Interaktion mit Lokalregierungen sehr wichtigen Anteil am „endogenen Institutionenwandel von unten“ besitzen. Yang Jing und Dai Jianzhong analysieren die Daten von landesweiten Unternehmerbefragungen aus den 1990er und 2000er Jahren, um Einblicke in den sozialen Hintergrund der chinesischen Unternehmerschaft und die Bestimmungsfaktoren für ihren Unternehmenserfolg zu gewinnen. Dabei legen sie Wert auf die Differenzierung zwischen verschiedenen Generationen von Unternehmern, je nach dem Zeitpunkt ihres Geschäftseinstiegs. Im Ergebnis bestätigen sie weitgehend bereits vorliegende Befunde. Zwar ist die private Unternehmerschaft immer noch recht heterogen, doch zeigt sie gemeinsame Trends hin zur Bildung einer stärker geschlossenen Sozialformation.

Die hier versammelten Studien bieten einen sehr guten Überblick zum kontroversen Thema der chinesischen Mittelschicht, und zumindest indirekte Widersprüche zwischen

den Autoren wurden bewusst nicht geglättet. Somit erhält der Leser nicht nur ein aktuelles und empirisch reichhaltiges, sondern auch theoretisch anregendes Gesamtwerk. Das Buch ist empfehlenswert für alle Soziologen und Politikwissenschaftler, die zu China arbeiten, und ist auch für entsprechende Hochschulkurse geeignet.

Björn Alpermann

**Eli Friedman: Insurgency Trap.
Labor Politics in Postsocialist China**

Ithaca: Cornell University Press, 2014.
232 S., USD 24,95

Die stetige Zunahme des Aktivismus von Arbeitern und Angestellten in China, die sich vor allem in den steigenden Zahlen von Arbeitskonflikten und Streiks zeigt, hat in der Chinaforschung das Interesse an der Rolle der chinesischen Gewerkschaften geweckt (siehe auch meine Rezensionen der Bücher von Ma Zhining und Tim Pringle in den ASIEN-Ausgaben 130 und 134). Eine der meist diskutierten Fragen ist, ob sich die Gewerkschaften, die unter dem Dach des All-Chinesischen Gewerkschaftsverbandes ACFTU vereinigt sind, angesichts der marktwirtschaftlichen Entwicklung Chinas und unter dem Druck „von unten“ zu echten Vertretungsorganen der Beschäftigten reformieren können.

In der Chinaforschung teilt sich die Schar der Forscher – wie so oft – in die Optimisten und die Pessimisten. Erstere verweisen auf Aktivitäten an der Basis, d.h. in den gewerkschaftlichen Grundorganisationen, auf Anzeichen für eine häufigere Wahl der Leiter dieser Organisationen durch die Arbeiter selbst, auf Ankündigungen von Regierungen und Gewerkschaften, kollektive Verhandlungen mit den Unternehmen und ihren Verbänden stärker zu institutionalisieren, oder auf die Bildung lokaler Gewerkschaftsorganisationen, um auch kleine Unternehmen ohne Gewerkschaftsgruppen in eine Art lokalen Tarifvertrag einzubinden. Letztere betonen, dass diese Reformtendenzen bisher

nichts am generellen Auftrag der Gewerkschaften, die soziale Stabilität in den Betrieben zu erhalten, geändert haben.

Eli Friedman hat dieser Debatte nun einen eminent wichtigen und exzellent recherchierten Beitrag hinzugefügt. Durch seine mehrfache Tätigkeit als Dolmetscher für amerikanische Gewerkschafter auf Reisen nach China und über die Lektoretätigkeit seiner Mutter in Guangzhou verfügt er über hervorragende Kontakte für seine Feldforschung. Seine Beschreibung der Denkweisen von Gewerkschaftern sowie der verschiedenen Reformansätze und Aktivitäten von Gewerkschaftsorganen ist daher außerordentlich detailliert.

Mit seinen Beobachtungen und Untersuchungen vor Ort kann er seine Hauptthese nachvollziehbar belegen: Da die Gewerkschaften den staatlichen Auftrag verfolgen, die Arbeiter als atomisierte Individuen in die staatlichen Strukturen einzubinden, können sie diese nicht legitim vertreten. Sie sind unfähig, der marktwirtschaftlichen Liberalisierung entgegenzutreten und die Arbeiter vor den Auswüchsen des Kapitalismus zu schützen. Die Unternehmer andererseits haben aufgrund ihrer Allianz mit den lokalen Regierungen ausreichend Autonomie, um die bestehenden Arbeitsgesetze, -bestimmungen und -verträge zu unterlaufen. Das Ergebnis ist eine stetig steigende Zahl an Protesten, die die Gewerkschaften nicht verhindern können.

Diese Situation bezeichnet Friedman als „Aufstandsfalle“, in der der chinesische Staat steckt. Er will soziale Stabilität, verhindert aber, dass sich starke Organisationen bilden, die die Interessen der Arbeiter – im Sinne einer „Gegenbewegung“ gegen die Liberalisierung (nach Polanyi) – gegenüber dem Kapital vertreten. D.h., der Staat selbst verhindert das Zustandekommen eines Klassenkompromisses, der die Voraussetzung für soziale Stabilität wäre. Friedman spricht von zwei Elementen der polanyischen „Gegenbewegung“, die nicht zusammenwirken: dem aufständischen und dem institutionellen

Element. Die Arbeiter sind mit ihren verstreuten, nicht koordinierten und materiell fokussierten Aktionen stark genug, um den Staat zu „arbeiterfreundlichen“ Gesetzen zu bewegen, aber aufgrund des Fehlens einer organisierten Vertretung zu schwach, die Umsetzung dieser Gesetze zu erzwingen.

Friedman entwickelt sein Konzept im ersten Kapitel, die Geschichte und Struktur des ACFTU beschreibt er im zweiten. Die Kapitel drei bis fünf sind den Ergebnissen seiner Feldforschung gewidmet. Zunächst untersucht er, ob sich die arbeiterfreundliche Einstellung des Gewerkschaftsvorsitzenden von Guangzhou auf die konkrete Gewerkschaftspolitik auswirkt. Seine Beispiele zeigen jedoch, dass sich auch dann die Gewerkschaft in keinem Fall zu einer „kollektiven Stimme“ der Arbeiter entwickelt und bei kollektiven Konflikten eher passiv bleibt. Indem sie aber nichts tut, bleibt die repressive Kapazität des Kapitals uneingeschränkt, nach Belieben Arbeiter einzustellen und zu entlassen. Auch sektorale Gewerkschaftsverbände, die als Innovation propagiert werden, schützen die Arbeiter nicht durchgreifend. Sie sind ohnehin nur dort erfolgreich (z.B. in Zhejiang), wo viele kleine private Unternehmen ein Interesse entwickeln, zu einheitlichen Tarifvereinbarungen zu kommen, und Unternehmerverbände als Verhandlungspartner der Gewerkschaften zur Verfügung stehen. In Guangdong haben die dominanten ausländischen Unternehmen keine Neigung zu übergreifenden Regelungen. Aber auch in Zhejiang werden die kollektiven Verträge letztlich kaum umgesetzt.

Dass auf Arbeiterproteste nicht in jedem Fall gleich reagiert wird, zeigt ein Vergleich zweier Vorfälle von 2007 und 2010. Letzterer, der viel beachtete Streik bei Nanhai Honda, stellte für die Arbeiter einen Wendepunkt dar, da sie hier sehr deutlich von ihrer bisher überwiegend defensiven, Rechte einklagenden Haltung abwichen und massiv offensive Forderungen nach Lohnerhöhungen und verbesserten Arbeitsbedingungen

stellten. Die staatliche Toleranz ihnen gegenüber begründet sich für Friedman durch zwei Trends: das hohe Protestniveau in den Jahren nach Ausbruch der Wirtschaftskrise sowie das Ziel der Regierung, auf ein neues, binnenmarktorientiertes Wirtschaftsmodell umzuschwenken. Die regionalen Gewerkschaften aber stürzte diese Entwicklung in eine Krise, sie wollten die Konflikte eindämmen und schwankten zwischen Passivität und Feindseligkeit. Erst auf Druck der Zentrale kündigten sie Reformen an (Wahlen in den Grundorganisationen, kollektive Verhandlungen), die aber inzwischen wieder auf Eis gelegt wurden.

Dass sich Staat und Kapital im gemeinsamen Interesse der Wirtschaftsentwicklung miteinander verbünden, ist für frühe Phasen der Industrialisierung nicht unüblich, schreibt Friedman am Schluss seiner Abhandlung. Aber in China gibt es keine Kraft, die diese Allianz aufbrechen kann, denn die Gewerkschaften sind eine staatliche Organisation und vertreten die Interessen der Arbeiter nur so weit, wie es der Staat fordert. Für ihre weitere Entwicklung sieht er vier Möglichkeiten: Technokratische Verbesserung der Arbeitsbedingungen unter Ausschluss der Arbeiter, Stillstand, tiefgehende Reformen der Gewerkschaften ohne soziale Revolution oder Eskalation der Proteste. Die von vielen Beobachtern erhoffte dritte Variante (Reformen) ist nach Friedmans eigener Analyse eigentlich ziemlich undenkbar.

Günter Schucher

Fan Chou: Wem gehört Taiwan?

Bochum: Westdeutscher Universitätsverlag, 2014. 278 S., 14,90 EUR

Im Frühling 2014 besetzten taiwanische Studenten Parlament und Regierungssitz in Taibei. Es gab landesweite Proteste, unter anderem gegen das Freihandelsabkommen ECFA mit China. Nach einiger Zeit erreichte die „Sonnenblumen-Bewegung“ sogar die deutsche Presse, die sonst von Nachrichten aus der Volksrepublik dominiert wird. Die

Debatte um den Status Taiwans rückte verstärkt ins Blickfeld, sodass der Essayband „Wem gehört Taiwan?“ gerade zur richtigen Zeit erschienen ist. Es ist das erste von inzwischen sechs Büchern des taiwanischen Unternehmers und Journalisten Fan Chou (geb. 1955) und erscheint in Taiwan bereits in zweiter Auflage. Fan versammelt darin sechzig kurze Artikel aus den Jahren 2009 bis 2011, die ein breites Themenspektrum behandeln und ursprünglich in der *Jingji ribao* (Economic Daily News) erschienen sind. Manche Beiträge sind also schon fünf Jahre alt. Viele der grundlegenden Fragen sind jedoch nach wie vor offen und haben nichts an ihrer Aktualität eingebüßt.

Nach einer kurzen Einführung geht es in den drei großen Kapiteln „Wer bin ich?“, „Wo bin ich?“ und „Wohin gehe ich?“ um Taiwans Selbstverständnis, seine momentane Lage und seine Zukunft. Den Leitgedanken bildet die Idee, dass das Selbstbild in einer Art selbsterfüllender Prophezeiung das Leben, auch das Leben einer Nation, präge. Das Selbstbild der Taiwaner sei also verantwortlich für ihre Zukunft. Immer wieder appelliert Fan an die Taiwaner, „[i]n erster Linie Mensch“ (S. 22) zu sein, und betont die Rolle der taiwanischen „Humankultur“ (*pingmin wenhua*) (S. 68 f). Sie bilde Taiwans einzigartiges Kapital und bestehe darin, dass „Menschen keine anderen Menschen schikanieren oder auf sie hinabblicken sollten.“ (Daran anknüpfend sei auf einen weiteren Essay im Mitteilungsblatt der Deutschen China-Gesellschaft (Nr. 57) verwiesen. Darin beschreibt Fan die Prinzipien dieser Humankultur weiter als „niemals vor anderen Angst haben“ sowie „nie ganz den Autoritäten vertrauen.“) Außerdem müsse Taiwan sich als „Weltmarke“ (S. 211) etablieren und sich der Welt öffnen, um eine Zukunft zu haben.

Sowohl aus der Innensicht eines Taiwaners als auch aus der Perspektive eines „Weltbürgers“ (S. 21) formuliert der parteilose Autor seine Ansichten. Er geht keinen akademisch-wissenschaftlichen Fragestellungen nach,